



**Brigitte Lösch, MdL**

Wahlkreis Stuttgart IV

**Muhterem Aras, MdL**

Wahlkreis Stuttgart I

**Nikolaus Tschenk, MdL**

Wahlkreis Stuttgart II

**Franz Untersteller MdL**

Wahlkreis Stuttgart III

Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart

Stuttgart, 02. Juli 2015

## Pressemitteilung

### **Steigender Landeszuschuss für Volkshochschule Stuttgart**

**Muhterem Aras MdL, Brigitte Lösch MdL, Nikolaus Tschenk MdL und Franz Untersteller MdL: „Wir stärken der Volkshochschule den Rücken!“**

Die Volkshochschulen in Baden-Württemberg erhalten 2015 einen deutlich höheren Zuschuss des Landes.

„Grün-Rot hat die Förderung der Weiterbildung stark ausgebaut. Die Steigerung der Zuschüsse beträgt im Schnitt 71 Prozent. Davon profitiert auch die Stuttgarter Einrichtung“, so die grünen Stuttgarter Abgeordneten und Claus Schmiedel, SPD. Die VHS Stuttgart erhält in diesem Jahr insgesamt 573.271,21 Euro vom Land.

„Niedrigschwellige und für alle Bevölkerungsgruppen erschwingliche Weiterbildungsangebote sind der Schlüssel für erfolgreiches lebenslanges und ein Leben begleitendes Lernen. In einer Zeit des rasanten Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft ist das notwendiger denn je. Unsere Volkshochschulen leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag und bekommen dafür nun eine stabile Grundförderung“, betonen die LandespolitikerInnen.

„Insgesamt investiert das Land im aktuellen Doppelhaushalt 2015/2016 8,6 Millionen Euro zusätzlich, um die Förderung der VHS aufzustocken“ erläuterte Muhterem Aras.

„Auch 2016 wird der Landeszuschuss weiter ansteigen. Entsprechende Mittel sind im aktuellen Haushaltsplan bereits hinterlegt. Gegenüber dem Regierungsantritt 2011 werden sich dann die verfügbaren Gelder für den Bereich der Weiterbildung nahezu verdoppelt haben“, so Brigitte Lösch weiter.

„Die Volkshochschulen können mit den erhöhten Zuschüssen insbesondere ihren Einsatz für die soziale Integration bildungsferner Schichten und MigrantInnen und gegen den Analphabetismus verstärken“, so Franz Untersteller.

„Die Nutzung von Bildungsangeboten darf nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängen, dafür übernimmt das Land Verantwortung“, so Nikolaus Tschenk abschließend.